

Euro ohne Zukunft

Obwohl die deutschen Kapitalisten großes Interesse an der Währungsunion haben, werden sie sie scheitern lassen

Lucas Zeise

In den nun zwei Jahren akuter Euro- und Staatsschuldenkrise haben die Regierungschefs der Zentrale, auf die ankommt, also Frau Merkel, der Chef der Zentralbank Mario Draghi und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy gelernt, wie man sich der Zumutungen der Schwachen erwehrt. Was ist die stärkste Waffe des Schuldners? Die Drohung mit Konkurs, im Falle einer Staatspleite also die Drohung mit politischem Selbstmord. Zwar wird keine Regierung die Pleite des eigenen Staates überleben, aber für die Gläubiger ist ein solches Ereignis ebenfalls unangenehm. Die Pleite Griechenlands hätte zur Folge, dass andere Euro-Staaten noch größere Schwierigkeiten hätten als ohnehin, weitere Schulden zu machen. Sie hätte zudem zumindest das Risiko zur Folge, dass das bis zum äußersten angespannte Bankensystem Europas kollabieren würde.

Frau Merkel und Co. setzten also alles daran, um den möglichen selbstmörderischen Erpressungsversuchen Griechenlands mit der eigenen Pleite den Schrecken zu nehmen. Sie haben ihr Ziel erreicht. Eine kontrollierter Teilkonkurs Griechenlands hat nun stattgefunden, ohne dass das Finanzsystem und die Banken kollabiert wären. Den kleineren Anteil an diesem Erfolg haben dabei die Regierungen. Die deutsche Regierung ließ sich vom Bundestag die Neueröffnung des Bankenrettungsplans von 2008 im bescheidenen Volumen von 480 Mrd. Euro, also dem Anderthalbfachen eines jährlichen Bundeshaushalts - und zwar wider Geist und Buchstaben der mittlerweile grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse - genehmigen. Andere Regierungen verfahren ähnlich.

Den entscheidenden Anteil am Erfolg hatte die Europäische Zentralbank (EZB). Sie senkte die Anforderungen für die Sicherheiten, die Banken bei der Zentralbank hinterlegen müssen, wenn sie von ihr Kredit erhalten. Sie senkte die Mindestreserve, die die Banken auf die Einlagen ihrer Kunden halten müssen, von zwei auf ein Prozent. Drittens aber wählte der seit Oktober vorigen Jahres amtierende EZB-Präsident Mario Draghi die einfache und umso erfolgreichere Methode gegen Liquiditätsengpässe. Er gab den Banken noch mehr Geld als zuvor.

Im Dezember 2011 und Ende Februar erhielten die Banken, die das wollten, insgesamt Kredite in Höhe von mehr als einer Billion (1.000.000.000.000) Euro. Nicht nur die Summe war außergewöhnlich. Noch süßer waren die Konditionen, eine Laufzeit von drei Jahren zu einem Zins von 1 Prozent. Die attraktiven Konditionen haben die Banken bewogen, Kredit in dieser Höhe überhaupt aufzunehmen. Da weite Teile Europas bereits in die Rezession gerutscht sind, ist die Kreditnachfrage der privaten Unternehmen eher gering. Der größere Teil des Geldes konnte also zum Kauf italienischer und spanischer Staatsanleihen verwendet werden, die dank der Schuldenkrise dieser Länder attraktiv hoch verzinslich waren. Schon hat die stärkere Nachfrage ihre Rendite wieder gedrückt. Und erstmals seit letztem Sommer scheint die akute Krisengefahr entschärft.

Illiquide oder insolvent

Tatsächlich sind die Liquiditätsspritzen durchaus hilfreich, ja eigentlich unerlässlich, um den Zusammenbruch der Währungsunion zu vermeiden. Es ist ganz wie bei der Behandlung der Unfallopfer. Die Notoperation samt frischer Blutzufuhr hält den Patienten zunächst am Leben. Ob er gesund wird, ist eine ganz andere Frage. Die Betriebswirte unterscheiden bei Unternehmen, ob es illiquide oder insolvent ist. Ersteres ist der Fall, wenn das Unternehmen kurzfristig seine

Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, weil die Kasse leer ist und weil die Bank keinen Kredit mehr gewährt. Das Unternehmen kann dennoch solvent sein, wenn zum Beispiel die Bank nicht in der Lage ist, Kredit zu gewähren, oder wenn ein wichtiger Kunde nicht oder zu spät zahlt. Die Insolvenz ist etwas ganz anderes. Damit ist gemeint, dass das Unternehmen auf Dauer Verluste macht, dass sein Geschäftsmodell nicht funktioniert. Da hilft auch kein Überbrückungskredit. Er hält das Unternehmen für den Augenblick über Wasser, aber er bedeutet keine Sanierung.

Kann es gelingen, die Euro-Währungsunion zu erhalten? Wird das Geschäftsmodell überleben?

Ohne Frage hat das deutsche Kapital ein überragendes Interesse an der Währungsunion, weil

- sie den großen Absatzmarkt Europa erst herstellt.
- weil sie die Verwertungsbedingungen in vielfältiger Weise verbessert.
- weil sie die Unterordnung anderer Kapitalisten in Europa ermöglicht
- weil sie die Macht- und Verhandlungsposition gegenüber dem imperialistischen Hauptpartner USA verbessert

Alle deutsche Regierungen haben seit dem Ende der Dollarbindung in den frühen 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts feste Wechselkurse in Europa angestrebt. Es ist eine Konstante deutscher Außenpolitik, einen Binnenmarkt Europa (unter deutscher Kontrolle und zu deutschen Bedingungen) zu schaffen. Das mit den Bedingungen ist wichtig. Die wichtigste lautet: Die Währungsunion muss billig sein. Sie darf möglichst gar nichts kosten. Sie darf, anders gesagt, nicht wie die Währungsunion mit der DDR organisiert werden mit ihren satten Transferzahlungen. Nebenbei bemerkt wurde sozusagen zum Ausgleich im Fall der DDR nicht nur der Absatzmarkt gesichert sondern der gesamte Laden übernommen.

In einem wirklich schrankenlosen Binnenmarkt gilt: der Starke wird stärker, der Schwache schwächer. Es setzt sich der mit den günstigsten Ausgangsbedingungen durch. Und so geschah es. Die leistungsstarken deutschen, niederländischen, zum Teil französischen Kapitalisten profitierten von der Währungsunion. Sie verdrängten die schwachen Kapitalisten auf deren traditionellen, nun ganz offenen Heimatmärkten. Das drückt sich heute im rasant wachsenden Leistungsbilanzüberschuss in Deutschland (und den Niederlanden) sowie in entsprechenden Defiziten in Italien, Spanien, Portugal und Griechenland aus.

In einem normalen einheitlichen Währungsraum, der mit einem Staatsgebiet identisch ist sorgen gemeinsame staatliche Institutionen dafür, dass schwache Regionen nicht völlig ausbluten. Die wichtigste Institution ist das gemeinsame Steuersystem, die zweitwichtigste ein gemeinsames soziales Sicherungssystem, die dritt wichtigste eine flächendeckende Verwaltung. Dazu kommen Regionalförderung, Finanzausgleich etc. In der Summe sorgen diese staatlichen Institutionen dafür, dass Transfers von den Überschuss- zu den Defizitregionen fließen. Das bedeutet nicht, dass Vorpommern jetzt wie Württemberg wird. Es bedeutet nur, dass Vorpommern nicht komplett ausblutet oder - anders ausgedrückt, dass der schrankenlose Binnenmarkt auch weiter gut funktioniert.

Die entscheidende Bedingung des deutschen Kapitals für eine europäische Währungsunion lautete: bitte ganz ohne solche staatlichen Institutionen. Das soll nicht heißen, dass nicht auch die Kapitalisten anderer Länder gegen eine Staatlichkeit der EU waren, jedoch zum Teil aus anderen Gründen. Im Vertrag von Maastricht (1992) jedenfalls wurde die staatsarme und transferfreie EWU festgelegt. An die Stelle von staatlicher Regulierung tritt dabei der "Wettbewerb". Und um den Konkurrenz zu befördern, gilt als oberstes und nachgerade heiliges Prinzip die Freiheit des Kapitalverkehrs.

Den damaligen Konstrukteuren des Euro war durchaus bewusst, dass sich in einem einheitlichen

Währungsraum ohne den Schutz eigener nationaler Währungen und ohne staatliche Ausgleichsmechanismen das blanke Gesetz des Kapitalismus durchsetzen würde. Die schwächeren Unternehmen und die schwächeren Volkswirtschaften würden geschwächt werden. Die gemeinsame Währung würde nicht zu einem Zusammenwachsen der EU-Länder sondern zu divergierender Entwicklung führen.

Konkurrenz statt Staat

Deshalb ersannen sie Kriterien, die erfüllt sein müssten, um am Euro teilnehmen zu können. Diese Kriterien wurden von der damaligen Bundesbank-Führung erdacht und sind als Maßstab für die tatsächliche Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft ganz ungeeignet. Diese Aufnahmekriterien waren zum einen die Höhe der Inflation. Sie durfte über mehrere Jahre hinweg nicht vom Durchschnitt der Inflationsraten abweichen. Es war zum anderen die Stabilität des Wechselkurses gegenüber der damals kalkulierten Rechnungseinheit Ecu. Das dritte Kriterium war die Höhe der laufenden und der akkumulierten Staatsverschuldung, bezogen auf das jeweilige Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das ist der Ursprung der "Maastricht-Kriterien", die 1998, kurz vor Inkrafttreten der Währungsunion in den verrückten Stabilitäts- und Wachstumspakt Eingang fanden und heute das Gerüst des noch verrückteren, von Frau Merkel und Herrn Schäuble durchgedrückten Fiskalpaktes bilden.

Es ist für jeden sofort erkennbar, dass weder die Höhe der Inflation, noch die Schwankungsbreite der Wechselkurse, noch das Ausmaß der Staatsverschuldung zuverlässige Indikatoren für die Wirtschaftskraft eines Landes darstellen. Dennoch wurden auf Betreiben der Bundesbank diese Kriterien in den Maastricht-Vertrag geschrieben. Die Höchstgrenze für die Staatsverschuldung wurde damals auf 60 Prozent (am BIP) festgelegt, weil die akkumulierte Staatsschuld der Bundesrepublik just diese Höhe erreicht hatte. In Wirklichkeit wurde willkürlich entschieden, ob ein Land zum Euro-Club dazugehören durfte oder nicht. Die Staatsverschuldung Italiens und Belgiens beispielsweise übertraf die Maastricht-Höchstgrenze drastisch.

Der wichtigste Anreiz für Schwachwährungsländer, am Euro teilzunehmen, waren die massiv verbesserten Finanzierungsbedingungen. Weil das Währungsrisiko der Abwertung verschwunden war, ging das Zinsniveau dramatisch zurück. Spekulationskapital strömte in diese Länder. In ihren ersten Jahren erlebten die Südländer des Euro einen durch die Kapitalzufuhr angeregten Boom. Während der Süden der Eurozone einen durch Kapitalzufluss angeregten Wirtschaftsboom erlebte, ging das Kapital in Deutschland unter der Regierung Schröder auf verschärften Restriktionskurs, Lohnsenkung und Abbau von Sozialleistungen. Die durch die deutsche Einheit und einen etwas zu hohen DM/Euro-Umtauschkurs vorübergehend schwächer gewordenen Verwertungsbedingungen des deutschen Kapitals erholten sich dramatisch. Seine Wettbewerbsfähigkeit, wie die Kapitalisten das selber gern nennen, stieg im Vergleich zur Konkurrenz im Ausland steil an. Die Profite sprangen nach oben. Der Exportüberschuss führte zu einer dramatisch steigenden positiven Leistungsbilanz. Entsprechend stieg die Kapitalausfuhr. Das Kapital floss keineswegs überwiegend in die boomenden Südeuropaländer sondern vielmehr in Subprime Kredite und Collateralized Debt Obligations in den USA. Per Saldo aber finanzierte der deutsche Kapitalexport zu einem Gutteil die steigenden Importüberschüsse in den Südländern und die gleichzeitig damit wachsende Verschuldung der Privaten, aber auch des Staates.

Die internationale Finanzkrise hat also die Schwächen der Währungsunion offengelegt. Das vagabundierende Kapital verließ die Südländer des Euro und meidet sie bis heute. Die Defizite in der Handels- und Leistungsbilanz dieser Länder werden nicht mehr durch billige Finanzierung von außen überdeckt. In der gängigen neoliberalen Theorie, der IWF, die EU-Kommission und ausnahmslos alle Regierungen der EU-Nationalstaaten anhängen, dürften die sich ausweitenden Handelsbilanzungleichgewichte gar nicht passieren. Der Markt müsste vielmehr dafür sorgen, dass

die Kosten in den Defizitländern so lange sinken, bis die dortigen Kapitalisten gegenüber den Überschussländern wieder wettbewerbsfähig werden. Da die Realität sich anders verhält, muss nachgeholfen werden. Das ist das Prinzip der Griechenland-Programme. Die Löhne in Griechenland und die Ausgaben des griechischen Staates müssen so lange sinken, bis die griechische Industrie so bombenstark ist, dass die im Land produzierten Autos, Computer, Fischkonserven, Medikamente und Panzer auf der ganzen Welt ob ihrer Billigkeit reißenden Absatz finden.

Das funktioniert schon unter den Bedingungen einer abwertenden nationalen Währung, die die Kosten im internationalen Vergleich kräftig sinken lässt, nur schlecht und partiell. In der Währungsunion kann es nicht funktionieren. Dem jetzt verabschiedeten zweiten Griechenland-Programm müssten also, wenn nichts anderes passiert, ein drittes und vielleicht ein viertes folgen.

Profiteure der Krise

Die Finanzkrise hat die Schwäche dieser Währungsunion auch noch auf andere Weise offengelegt. Auf drastische Weise sichtbar wurde das im Oktober 2008, als die Regierungen in aller Welt mit Garantien, Kredit und Bargeld ihre jeweils nationalen Banken vor dem Untergang bewahrten. Entscheidend daran waren nicht allein die unerhört hohen Summen, die aus den Staatshaushalten für den Erhalt der Banken mobilisiert wurden. In Deutschland wurden binnen weniger Wochen 480 Mrd. Euro für die Bankenrettung bereitgestellt. Das entspricht dem Anderthalbfachen eines Bundeshaushalts. Fast noch sonderbarer ist die Tatsache, dass innerhalb der EU, ja sogar innerhalb der Währungsunion keine gemeinsame Rettungsaktion des Finanzkapitals zustandekam. Vielmehr bildete sich eine Art Wettbewerb heraus, welche Regierung im internationalen Vergleich 'ihre' Banken am üppigsten mit Steuergeld versorgen und stützen konnte.

Immerhin ist die Kapitalverkehrsfreiheit das Kernprinzip der Europäischen Union. Mehr als zwei Jahrzehnte lang hatten die EU-Institutionen auf alle nur erdenkliche Art und Weise die Freiheit des Kapitals propagiert. Die Regierungen hatten die Kommission beauftragt, jede Bevorzugung, jede Stützung und jede Schutzmaßnahme für das eine oder das andere Unternehmen zu untersagen. Zum Beispiel wurde in einem fast zwei Jahrzehnte dauernden Streit den deutschen Sparkassen und Landesbanken die Unterstützung ihrer Eigentümer, den Kommunen und Landesregierungen, untersagt. Der polnischen Regierung wurde, noch bevor das Land Vollmitglied der EU werden konnte, untersagt, die Banken des Landes vor der Übernahme durch westliche Banken zu schützen. Spanien durfte die heimischen Stromlieferanten nicht vor der deutschen Veba schützen.

All das wurde im Herbst 2008 gegen den zaghaften Widerstand des EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso systematisch verdrängt. Jetzt rettete die irische Regierung irische Banken, die spanische spanische Banken und die deutsche deutsche Banken. Vor allem die deutsche Regierung war es, die eine gemeinsame Euro-weite Rettungsaktion für die Banken verhinderte. Ihr lag daran, den Wettbewerb der Staaten um Kapital auch in der Krise noch anzustacheln. Im Ergebnis erweist sich das hehre Prinzip des einheitlichen Kapitalmarktes mit gleichen Wettbewerbsbedingungen für alle als hohle Phrase.

Während der deutsche Finanzminister Bundesanleihen mit zehn Jahren Laufzeit zu weniger als 2 Prozent Verzinsung auf dem Kapitalmarkt unterbringen kann, musste auf dem Höhepunkt der Euro-Krise der italienische Staat mehr als 7 Prozent bieten, und der griechische erhielt gar keinen Kredit mehr. Das ist schon schlimm genug. Die unterschiedlichen Zinsen erstrecken sich aber nicht nur auf die Finanzierung der Staaten sondern auch auf die der Banken innerhalb dieser Staaten und selbst auf die Unternehmen, die in diesen Staaten angesiedelt sind. Das absurde Resultat: Obwohl die Europäische Zentralbank die Banken im gesamten Euro-Gebiet überall zum gleichen Zinssatz von derzeit ein Prozent mit Geld versorgt, sind die Finanzierungskosten der Banken und Unternehmen höchst unterschiedlich. Die internationalen Kapitalanleger verlangen von Banken (und

Unternehmen) in unsicheren Südländern einen Risikoaufschlag, eben einen höheren Zins. Den deutschen Banken (und Unternehmen) wird Kredit zur Zeit nachgeworfen.

Keine Fiskalunion

Das deutsche Kapital profitiert also von der Krise. Dabei handelt es sich nicht um Peanuts. Kreditkosten sind ein erheblicher Faktor, der die Konkurrenz zwischen den Kapitalien stark beeinflusst. Das ist ein weiterer Grund, weshalb Unternehmerverbände und Großunternehmen keinerlei Druck auf die Regierung ausüben, um das ihnen so wichtige Projekt der Europäischen Währungsunion tatsächlich zu retten.

Was zu tun ist, um die Währungsunion zu retten, wissen die Kapitalisten und ihre Politiker durchaus - jedenfalls im Prinzip. Die Rettung liegt darin, was Europa-Politiker und Brüsseler Journalisten gerne als 'Vertiefung' der europäischen Institutionen bezeichnen. Sie meinen damit, dass staatliche Funktionen, die bisher von den Nationalstaaten ausgeübt worden waren, auf die europäische Ebene verlagert werden. Tatsächlich haben Frau Merkel und ihre Regierung, mit dem soeben beschlossenen Fiskalpakt scheinbar eine solche Vertiefung erreicht, als sie der Brüsseler Kommission mehr Macht zugestanden und die Rechte der nationalen Parlamente beschnitten haben. Nur ist dieser Fiskalpakt nichts anderes als der alte, vom ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi als "dumm" bezeichnete Stabilitätspakt plus dem festen Vorsatz, die deutsche 'Schuldenbremse' auch in den anderen Ländern gesetzlich zu verankern. Anfangs hat die deutsche Kanzlerin im Überschwang dieser tollen Idee den Pakt sogar als Fiskalunion bezeichnet. Von dieser Ausdrucksweise ist sie später abgerückt. Mit gutem Grund. Denn Fiskalunion hieße ja gemeinsame Steuern oder zumindest ein gemeinsames Steuersystem. Dergleichen wäre tatsächlich 'Vertiefung'. Es wäre etwas völlig anderes, ja das Gegenteil des dummen Paktes.

Es ist auch gerade das Gegenteil dessen, was die deutschen Kapitalisten und ihre Regierungen mit der EU und der Euro-Zone vorhaben. Es würde den Einstieg in eine wirkliche Transferunion bedeuten. Es wäre der erste Schritt weg vom Konkurrenzverhältnis, das die Staaten laut Maastricht- und Lissaboner Grundlagenvertrag untereinander haben sollten. Es wäre der Beginn einer Lösung für die Krise der Währungsunion. Auf Dauer ist die gemeinsame Währung ohne gemeinsame Steuer- und Sozialsysteme, ohne effektive und massive institutionalisierte Transferzahlungen nicht zu erhalten. Wie wir unsere deutschen Kapitalisten und wenigen Kapitalistinnen, wie wir ihre Funktionäre, Lobbyisten und Regierungsvertreter kennen, werden sie sich auf diese Lösung der Krise nicht einlassen. Und deshalb ist das Überleben des Euro ist, gelinde gesagt, eher unwahrscheinlich.